

Pulsnitzer Tageblatt

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Ersteinst an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 41 mm breite Beitzelle (Moffe's Zellenmesser 14) RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Ramenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75 und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/2 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäfen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. C. Försters Erben (Zuh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 63

Mittwoch, den 14. März 1928

80. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des Versicherungsamtes der Amtshauptmannschaft Ramenz sind aus dem Kreise der Arbeitgeber und dem Kreise der Arbeitnehmer nur je eine Vorschlagsliste eingegangen, sodaß eine Wahl mit Stimmgabe nicht erforderlich ist und die in den beiden Vorschlagslisten gültig Benannten in der Reihenfolge, in der sie in der Vorschlagsliste aufgeführt sind, nach § 17 der Wahlordnung für die Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer der Versicherungsämter als gewählt gelten und zwar

- a) als Versicherungsvertreter: diejenigen, die in der Liste bis zur 6. Stelle vorgeschlagen sind und
- b) als Stellvertreter: diejenigen, die nach der 6. Stelle vorgeschlagen sind.

Ramenz, den 10. März 1928.

Der stellvertretende Vorsitzende des Versicherungsamtes der Amtshauptmannschaft.
Dr. von Carlwihg-Hartigisch,
Wablleiter

Bekanntmachung.

Die Anmeldebüchse für die Kottauschugimpfung der Schweinebestände im Jahre 1928 liegt im hiesigen Rathaus, Zimmer Nr. 5 bis zum 1. April 1928 während der üblichen Geschäftsstunden zum Zwecke der Eintragung aus.
Ohorn, den 12. März 1928.
Der Gemeinderat

Ankündigungen aller Art
in dem „Pulsnitzer Tageblatt“ sind von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Wie das Berliner Tageblatt meldet, im Laufe des Dienstag Reichsminister v. Reubell an einer ziemlich schweren Kopfrippe erkrankt. Die Temperatur des Kranken betrug am Abend etwas über 40 Grad. Die erste Rückschlag der beschlagnahmen deutschen Eigentums in Amerika ist am 13. März erfolgt.

Der Schulkeuzer „Emden“ ist von seiner mehr als einjährigen Auslandsreise zurückgekehrt.

Wie aus Petropawlowitz gemeldet wird, herrscht auf der Halbinsel Kamtschatka eine ungewöhnliche Kälte. Stellenweise wurde eine Temperatur von 60 Grad unter Null gemessen. Zahlreiche Menschen und Tiere sind der furchtbaren Kälte zum Opfer gefallen. Den Bemühungen der Rettungsmannschaften im überfluteten Gebiet Kaliforniens gelang es, bisher 137 Tote zu bergen. Man neigt im allgemeinen zu der Annahme, daß die Katastrophe dadurch begünstigt wurde, weil der Stauidamm überhaupt schlecht gebaut war.

Vertische und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Kirchgemeindefesttag-Ergänzung.) Zu Beginn der Kirchgemeindefesttagssitzung überreichte Herr Pfarrer Schulze dem Herren Fabrikant Alwin Wölsche und Sattlermeister Gude, Pulsnitz je eine Ehrenurkunde des Ev. luth. Landeskonfistoriums für langjährige treue Dienste im Kirchensprengel und sprach den Geehrten herzlichste Wünsche und die Mittheilung der Kirchgemeinde aus.

Pulsnitz. (Die Stadterordneten) zu Kemberg (Bez. Halle) wählten in einer außerordentlichen Sitzung den Bürgermeister Dieze, dessen Amtszeit am 31. Mai 1929 abläuft, bereits jetzt auf weitere 12 Jahre wieder. Für die Wiederwahl stimmten sämtliche Mitglieder der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die im Stadterordnetenkollegium über eine Zweidrittelmehrheit verfügt, und die Sozialdemokraten. Die beiden Kommunisten gaben ungültige Zettel ab. Bürgermeister Dieze ist Kreisabgeordneter und Mitglied des Kreisausschusses. — Der Gewählte war von 1908—1912 bei unserer Stadtverwaltung als Assistent tätig.

(Das tschechische Bism bleibt) Nach den Meldungen vom vorigen Monat sollte das tschechische Bism zum 1. April fallen. Geglaubt hat es in Deutschland nach den ewigen Verzögerungen wohl niemand. Und das war gut, denn jetzt wird aus Prag gemeldet, daß noch einige Fragen technischen Charakters im Verhandlungswege geklärt werden müßten. Merkwürdig nur, daß in anderen Ländern die Aufhebung so viel einfacher vor sich gegangen ist, z. B. innerhalb 14 Tage, während es in der Tschechoslowakei nun schon Jahre dauert! Angeblich rechnet „man“ in Prag damit, daß das Bism Anfang Mai beseitigt sein werde — wer's aber glaubt, zahlt einen Taler!

(Auf der Suche nach dem Hausdorfer Mörder.) Das Kriminalamt Dresden bittet um Verbreitung folgender Angaben: Bekanntlich ist am 19. November 1920 auf Hausdorfer Platz an der Bahnhofsstraße Ramenz-Sträßgräben der Schrankenwärter Albin John ermordet worden. Eine Klärung der Tat war seinerzeit nicht möglich. Seitdem sind die Gerüchte über die mutmaßlichen Täter und umgebenen Beweggründe in der Bevölkerung von Sträßgräben Dresden hat deshalb zur Nachprüfung dieser Gerüchte Beamte entsandt, die eingehende Erörterungen angestellt haben. Die in mancher Richtung ausgeführten Verhöre haben sich zunächst als haltlos erwiesen. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß der Ermordete nach seiner Rückkehr aus dem Felde bis zu seinem Tode vielfach Nebengeschäfte und Bargeld gegen Zinsen verborgt. Nähere Einzelheiten über diese Geschäfte konnten noch nicht festgestellt werden. Unannehmbar ist aber gerade unter den Personen, die mit dem Ermordeten solche Geschäfte tätigen oder wohl von ihm borgen, den Täter zu suchen. Dieser muß in der Häuslichkeit und über die Dienstzeit und den Weg, den der Er-

Erregte Aussprache über die Phoebus-Angelegenheit

Erklärung des Reichswehrministers

Der Ergänzungsetz 1928 — Schiele über die Verteilung des Gefrierfleischkontingents (Reichstag) — Furchtbarer Dammbruch in Kalifornien

Im Haushaltsausschuß des Reichstages entwickelte sich eine rege Debatte über den von der Regierung ausgegebenen Bericht über die sogenannten Lohmann-Unternehmungen und die Phoebus-Angelegenheit. Der Kommunist Stöcker behauptete, die Regierung habe den Beschluß des Haushaltsausschusses, den Bericht des Spartakommissars Saemisch über die Geschäfte der Seetransportabteilung vorzulegen, nicht durchgeführt. Der herausgegebene Bericht bedeute eine Provokation der Öffentlichkeit. Es handele sich um eine bewußte Fälschung. Reichswehrminister Dr. Geßler, Admiral Genler und auch sein Vorgänger Wintzen nicht bestritten, daß sie von den Dingen gewußt hätten. Die Kanzler Luther und Marx seien auch unterrichtet gewesen.

Der Sozialdemokrat Heinig führte aus, dem Bericht fehle die Unterschrift. Auch der Rechenschaftsbericht Lohmann müsse vorgelegt werden. Ueber dieses System von Treuhändern müsse man Klarheit durch Vorlegung der Verträge erhalten. Ehe das nicht geschehe, werde die Sozialdemokratie die Nachtragsforderung von 7 Millionen nicht genehmigen. Der Demokrat Dr. Haas betonte, man dürfe den Fall nicht parteipolitisch behandeln und Lohmann nicht einfach als Sündenbock hinstellen. Man müsse fragen, wo die verantwortlichen Männer waren, die Lohmann beaufschichtigten und von weiteren falschen Schritten abhalten mußten. Als der Finanzminister Reichhold in sein Amt kam, sei das Unglück schon geschehen gewesen. Der Kommunist Schneller meinte, es handele sich um ein System, für das die Vorgesetzten des Kapitän und das Wehrministerium verantwortlich seien. Er verlas dann Teile eines Berichts, von dem er behauptete, es sei der Saemisch-Originalbericht. Auf Fragen antwortete er, er werde nicht verraten, woher er sein Material habe.

Sofort antwortet der Reichswehrminister Groener. Leider sei der Abgeordnete Schneller einer Täuschung zum Opfer gefallen. Er kenne den Saemisch-Bericht und das Material genau. Er fürchte, der Abgeordnete Schneller habe die

Sachen aus einer Fälscherwerkstatt

zugesandt erhalten. Der Sozialdemokrat Dr. Leber meinte, die Marineleitung habe nach seiner Meinung Kenntnis von den Korruptionszuständen dort gehabt. Die Tragan sei in offiziellen Befehlen geradezu als Marinemedienstelle behandelt worden. Der Zentrumsabgeordnete Erping äußerte sich, man solle nicht den Versuch unternehmen, den Kapitän Lohmann als Alleinschuldigen hinzustellen. Sämtliche hier ausgegebenen Summen hätten das Reichsvermögen aufs schwerste geschädigt. Diese schon bekannte Tatsache hätte in dem Bericht offen ausgesprochen werden müssen. Für die Volkspartei erklärte der Abgeordnete Brüninghaus, es liege im Interesse der Marine, daß den Abgeordneten volle Aufklärung gegeben werde. Er fragte, wie es möglich gewesen sei, daß keine geordnete Rechnungslegung gefordert wurde. Der deutschnationale Abgeordnete Treviranus verlangte Auskunft, wie der Entwicklungsgang der einzelnen Unternehmungen gewesen sei, welche Persönlichkeiten daran beteiligt waren und welche finanziellen Zuwendungen ihnen zuzusprechen. Der Abgeordnete Dr. Bredt von der Wirtschaftlichen Vereinigung verlangte Scheidung des Statistischen vom Allgemeinpolitischen.

Dann folgte eine Rede des Reichswehrministers Groener der hervorhob, daß die ganze Angelegenheit einfach nicht zu

vertreten sei. Er befände sich heute in der Lage, diese ganze unangenehme Angelegenheit auszuräumen. Es sei kritisiert worden, daß der Bericht keine Unterschrift trage. Seine Unterschrift siehe unter dem Begleit Schreiben an den Haushaltsausschuß. Damit übernehme er die Verantwortung für den Bericht. Die Schuld liege nicht allein an Kapitän Lohmann. Bei der Zuweisung so großer Mittel an das Reichswehrministerium sei es

unverständlich, daß man Kapitän Lohmann keine Kontrolle zur Seite stellte.

Er, der Wehrminister, übernehme die volle Garantie, daß derartige Fonds nicht mehr entstünden und daß derartige Verträge nicht wieder vorkämen. Was hier verordnet worden sei, dürfe nicht der Marineleitung als Ganzem und nicht der gesamten Wehrmacht zur Last gelegt werden. Wir alle wünschten, und das wünsche wohl auch das ganze deutsche Volk, daß die allergrößte Glaubwürdigkeit nicht nur für die Marine, sondern für die ganze Wehrmacht und das Reichswehrministerium überall und rückhaltlos herrsche.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde die Einsetzung eines Unterausschusses beschlossen, in dem die Fraktionen gemäß ihrer Stärke vertreten sein sollen. Der Unterausschuß soll die Einzelheiten der Angelegenheit prüfen.

Der Sündenbock.

Im Marineverordnungsblatt ist folgende Personalveränderung enthalten: Mit dem 31. März 1928 aus dem Marinendienst ausgeschieden: Der Kapitän zur See Lohmann (Walter), kommandiert zur Verfügung des Chefs der Marineleitung.

Der Ergänzungsetz 1928

Berlin, 14. März. Der Entwurf einer Ergänzung zum Reichshaushaltsplan für 1928 ist dem Reichstag zugegangen. Er enthält das Notprogramm der Reichsregierung und die Auswirkungen der Beschlüsse der Reichsregierung auf den Stellenplan. Für die Landwirtschaft sind im ganzen 64 Millionen vorgesehen. Für das Sozialprogramm sind 103 Millionen und für das Liquidationsprogramm 7,5 Millionen eingelegt. Die durch die Notmaßnahmen erforderliche Gesamtaufwendung beträgt 174,5 Millionen Reichsmark. Dazu kommt die im Bauprogramm 1928 vorgesehene Beteiligung des Reichs an einer Kapitalerhöhung der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank in Höhe von 10 Millionen Reichsmark. Die Deckung dieser Ausgaben soll erfolgen durch Mehreinnahmen bei den Zöllen (150 Millionen) und bei der Tabaksteuer (20 Millionen) und durch eine Reihe von Einsparungen, die bei der Zinsverbilligung für Meliorationskredite 5 Millionen, bei den vermögenden Fonds des Kriegslastenhaushalts 3 Millionen, bei den Garantiefonds ebenfalls 3 Millionen und bei den Personalausgaben 3,5 Millionen betragen. Eine Vermehrung des Personalnetzes ist nicht vorgesehen.

Amerika wünscht einen Schiedsvertrag mit Deutschland

New York. Der amerikanische Staatssekretär Kellogg übermittelte dem deutschen Botschafter von Prittwitz einen Entwurf zu einem Schiedsgerichtsvertrag, der im Prinzip identisch ist mit dem amerikanisch-französischen Vertrag. Staatssekretär Kellogg teilte ferner dem Botschafter mit, daß Amerika sich freuen würde, mit der Reichsregierung außerdem einen Vermittlungsvertrag abzuschließen. Ein derartiger Vertragsentwurf wurde gleichfalls dem Botschafter von Prittwitz übermittelt. Staatssekretär Kellogg erklärte, es sei der Wunsch Amerikas, derartige Verträge mit möglichst vielen Ländern abzuschließen.